

Berlin, Freitag, Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal. Bezugs-Preis: Vierteljährlich für Berlin 7 M., 50 Pf. ohne Postlohn, für ganz Deutschland 9 M., Österreich 13 Kr. 82 Hll., Rußland 4 Rub. 65 Kop., Holland 7 Fl. 50 Gld. Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika usw. Kreuzband-Gebund 20 M. für das Vierteljahr. Bestellungen werden angenommen: Für England in London bei Aug. Stegle 29 Abchurch Lane E.C. 4. und Co. 19 Great Street E.C.

# Berliner Börsen-Zeitung.

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen: Verhandlungs-Anzeiger, Hotels- und Bäder-Anzeiger, Vollständige Diebstahl-Listen der Preussischen Klassen-Polizei, Allgemeine Verlosungs-Tabellen mit Restanten-Listen und viele andere wichtige tabellarische Nebenschriften.

Inserions-Gebühr: Die dergestaltene Zeile 50 Pf. Restamtzeit 1 M.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 243.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Zinsen: In der Expedition.

Telegramm-Adresse: Börsen-Zeitung.

## Reise-Abonnement.

Während der Reise-Zeit nehmen wir Wochen-Abonnements auf beliebige Dauer an unter täglicher Zuführung der Zeitung per Kreisband; der Preis stellt sich für den Umfang des Deutschen Reiches sowie für Sendungen nach Oesterreich-Ungarn auf 1 Mark 50 Pf., für Sendungen nach den übrigen Staaten auf 1 Mark 75 Pf. pro Woche. Bestellungen nimmt die unterzeichnete Expedition entgegen.

Abonnenten, welche ihr zu Hause abonniertes Exemplar regelmäßig an einem anderen Orte zu erhalten wünschen, wollen wie folgt vorgehen: a) haben sie bei der Postanfrage ihres Wohnortes die Ueberweisung ihres Exemplars nach dem neuen Aufenthaltsort bei gleichzeitiger Zahlung der Ueberweisungsgebühr beantragen; b) empfangen sie ihre Zeitung durch einen Spediteur, so wollen sie bei diesem die Ueberweisung des Exemplars an die Post unter Zahlung der Ueberweisungsgebühr veranlassen.

Die Expedition der Berliner Börsen-Zeitung. Kronenstraße 37.

## Vom Tage.

Die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses beschloß, die Wahlrechtsvorlage in der Fassung des Herrenhauses einmütig abzulehnen, und brachte eine Reihe von Änderungsanträgen ein.

Das französische Unterseeboot „Rubis“ ist bei Calais infolge Zusammenstoßes mit dem Postdampfer „Pas-de-Calais“ gesunken. Die 25 Mann starke Besatzung ist ertrunken.

Oberbürgermeister Dr. Kersten von Thorn ist gestern nachmittag gestorben.

Roosevelt wurde von der Universität in Cambridge zum Ehren doktor der Rechte promoviert.

## Vor der Entscheidung.

Der Tag der Entscheidung über die Wahlrechtsreform ist endlich gekommen. Das Abgeordnetenhaus steht heute vor der Aufgabe, zu den von seinen eigenen früheren Beschlüssen in wichtigen Punkten abweichenden Entschlüssen des Herrenhauses Stellung zu nehmen und damit das Schicksal der Wahlrechtsvorlage in der einen oder der anderen Weise zu besiegeln. Ob die endgültige Entscheidung tatsächlich schon heute fallen wird, das steht freilich und wird vielfach, nicht ganz ohne Grund, angezweifelt. Ist es doch nicht weniger als ausgeschlossen, vielmehr durchaus wahrscheinlich, daß sich die Parteien heute auf die ausschließliche Vornahme einer allgemeinen Aussprache beschränken und die Beschlußfassung noch um einen Tag verschoben werden. Oder gar, wie bereits von einer Seite angebeutet wird, um zweimal vierundzwanzig Stunden. Insofern hierzu Neigung besteht, ist sie um so begreiflicher, als zum mindesten auf Seiten derjenigen Parteien, die auf eine ungebundene Erlebigung des Reformwerkes noch in der gegenwärtigen Tagung hinarbeiten und kein Scheitern wenn irgend möglich zu verhehlen gewillt sind, noch in letzter Stunde alles getan werden

dürfte, um für die Beratung neuer Vermittlungsvorschläge Zeit zu gewinnen.

Wohl selten war unmittelbar vor einer solchen folgenreicheren Entscheidung die Situation eine so ungewisse, unklare, undurchsichtige, wie in diesem Falle. Bei der Reichsfinanzreform im Vorjahre im Reichstage stand einer entschlossenen starken Minderheit eine nicht minder entschlossene deutliche Mehrheit gegenüber. Die Machtverhältnisse waren zweifellos, nachdem einmal die gesamte Rechte sowie Zentrum und Polen sich auf ihren Wegen „gefunden“ haben. Diesmal kann hiervon keine Rede sein. Es gibt keine Mehrheit, die in der Wahlrechtsfrage einer Minderheit ihren Willen aufzwingen kann, an allererstmaligen zu Gunsten der Beschlüsse des Herrenhauses. Das darf schon jetzt als sicher angesehen werden, mag auch einstweilen noch durchaus nicht zu übersehen sein, was sich daraus heute und in den weiteren Stadien der Beratung für Konsequenzen ergeben werden.

Im Vordergrund des Interesses steht begreiflicherweise die Frage, wie sich das Zentrum verhalten werde. Wenn die Konfessionen trotz alledem und alledem sich noch Rechnung darauf machen sollten, das Zentrum zu sich hinüberziehen zu können, zu Gunsten der von dem leitenden Staatsmann gutgeheißenen Beschlüsse des Herrenhauses, so dürfte diese Rechnung falsch sein. Die Erklärungen, die im Laufe eines wochen- und monatelangen Meinungskampfes seitens der maßgebendsten Organe des Zentrums abgegeben worden sind, lassen einen Unfall dieser Partei, ein Zurückweichen derselben von dem von ihr eingenommenen Standpunkte in der Drittelungsfrage, als schlechthin unmöglich erscheinen. Um so mehr, als es nicht nur die ursprüngliche Fassung des Abgeordnetenhauses durch das Herrenhaus verfehlt — verfehlt — sondern ist. Auch in der Frage der sogenannten „Minimierung“, d. h. der Verringerung der Steuerbeiträge der Wähler nach oben hin bei der Berechnung der Gesamtsteuersumme der Drittelungsbezirke und bei der daraus resultierenden Klassen-Einteilung hat das Herrenhaus die früheren Abgeordnetenhauses-Beschlüsse in einer Weise umgehoben, die, zumal im Verein mit der Aenderung der Drittelungsbezirke, das Gepräge seines ursprünglichen antiparlamentarischen Charakters völlig entfaltet. Und es deswegen für das Zentrum, falls dieses nicht jede Rücksicht auf die Massen seiner Wähler lassen will, unannehmbar machen. Die Anschauungen des Zentrums sind freilich, wer würde das nicht, genau ebensowenig „stabil“ wie, nach einer zwar häßlichen, aber gleichwohl nicht unzutreffenden Aeußerung der „Arens-Ztg.“, die Anschauungen des Herrn v. Zedlitz, des Führers der Freikonfessionen. Aber in diesem Falle wird man dem Zentrum doch wohl zustimmen dürfen, daß es schon seiner eigenen Wählermassen halber sich nicht desabundieren werde. Bekräftigt wird diese Annahme ja auch bereits durch die Tatsache, daß das Zentrum bereits einen Antrag eingebracht hat, der in der Angelegenheit der Drittelung die Wiederherstellung der früheren Beschlüsse des Abgeordnetenhauses verlangt.

Und noch ein weiteres steht bereits fest. Wenn die nicht einmal unter sich völlig einigen Deutschkonfessionen gehofft haben, die Zahl der sich aus ihren eigenen Reihen Abplittierenden werde zugunsten der Herrenhausbeschlüsse kompensiert und mehr als kompensiert werden durch Zugänge aus den Reihen der Nationalliberalen, so werden sie sich darin zu irren haben, daß auch diese ihre Rechnung eine trügerische ist. Denn in den gestrigen entscheidenden Vorverhandlungen der nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses ist man — im Interesse des Ansehens der Fraktion und der gesamten nationalliberalen Partei kann nur gesagt werden: dankenswerterweise! — zu dem einmütigen Beschlusse

gelangt, ein Wahlrecht, wie es aus dem Herrenhause herausgekommen ist, zu verwerfen. Damit ist zunächst das Schicksal dieser Herrenhausbeschlüsse endgültig besiegelt. Und wenn auch der leitende Staatsmann heute mit Engagements reden sollte, so wird er daran schwerlich noch etwas ändern.

Das Ergebnis der heutigen Beratung kann nach Lage der Dinge nur sein, daß die Vorlage mit samt den Änderungsanträgen des Zentrums und der Nationalliberalen, die bereits gestern in großer Zahl eingebracht worden sind und deren wir an anderer Stelle Erwähnung tun, an eine Kommission zurückgeht. Natürlich vorausgesetzt, daß nicht etwa auf Grund des den Herrenhausbeschlüssen beschriebenen Schicksals die Regierung erklärt, auf das Gesetz „kein Gewicht zu legen“ und es deshalb für keine Tagung zurückziehen. Wahrscheinlich ist das ja freilich nicht, denn auch am Grade der Herrenhausbeschlüsse dürfte Herr von Westmann-Hollweg vermutlich noch die Hoffnung aufpflanzen, bei weiterem Abwarten doch noch etwas erreichen zu können, was dem Volke als Wahlreform präsentiert werden kann.

Demgemäß wird man sich also in den Gedanken zu fügen haben, daß der Kampf um die Reform sich noch lange Wochen hinauszieht und daß nochmals ein Hin- und Herbewegen zwischen beiden Häusern erfolgt, ohne daß einwachen auch nur im mindesten zu übersehen ist, wie er erden werde.

## Telegramme.

Thorn, 26. Mai. (G. T. C.) Wie die „Presse“ meldet, ist Oberbürgermeister Dr. Kersten heute nachmittag gestorben.

Paris, 26. Mai. (G. T. C.) Der König von Portugal ist heute mittag nach Lissabon abgereist.

Paris, 26. Mai. (G. T. C.) Im Ministerrat erklärte heute der Kriegsminister, die Reservisten, die am 23. d. M. in Aimes gemutet, hätten gestern exzerziert, ohne daß etwas vorgekommen sei; der Gesundheitszustand sei gut. Die Muterei sei emerzisiert darauf zurückzuführen, daß zahlreiche Reservisten geglaubt hätten, man würde sie in Aimes lassen, statt sie ins Lager zu schicken, andererseits auf die Gegenwart einiger Hülfskräfte, die noch von dem Wahlkampf angegriffen gewesen seien. Seitens der Militärbehörde würde die Untersuchung fortgesetzt; die Abwehrkräfte sollten vor ein Kriegsgericht gestellt, die anderen Schuldigen disziplinarisch bestraft werden.

Cambridge, 26. Mai. (G. T. C.) Roosevelt wurde heute zum Ehren doktor der Rechte promoviert. In der Universität und auf den Straßen wurden ihm lebhaft Ovationen dargebracht.

Rom, 26. Mai. (G. T. C.) Deputiertenkammer. Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Fürst di Scaloa erwiderte auf eine Anfrage Cabini's über den Stand des Arbeitsmarktes im Baugewerbe in Deutschland, die italienische Regierung sei der Entwicklung dieser Krise mit Aufmerksamkeit gefolgt und habe am 20. März ein Communiqué veröffentlicht, lassen, um die italienischen zeitweiligen Auswanderer in Kenntnis zu setzen, daß sie vermeiden sollten, in Deutschland in einen Konkurrenzkampf sich einzulassen, wodurch sie die Feindseligkeit der Ausländer herbeiführen würden. In den ersten Tagen des April sei ein zweites Communiqué veröffentlicht worden, in dem bekannt gegeben wurde, daß die Verhältnisse auf dem Marke noch immer ernst seien; auch sei eine Depesche in bezeichneter Sinne an die Präfecten der Provinzen geschickt worden. Cabini sollte dem Vorgehen der Regierung Beifall.

Petersburg, 26. Mai. (G. T. C.) Das Präsidium der Reichsduma beschloß, die Gesetzesvorlage über Zinsland noch vor den Sommerferien auf die Tagesordnung zu legen.

Moskau, 26. Mai. (G. T. C.) Das Kriegsgericht hat neun Zuchthäuser, die am 12. März die militärische Begleitung eines Eisenbahnzuges überfallen hatten, zum Tode verurteilt.